

Aus der Krise geboren

Israels neue Mega-Regierung

LIBANON-ABZUG VOR 20 JAHREN

Für Araber ein Zeichen der Schwäche

PFLANZE MIT HEILKRÄFTEN

Medizinisches Cannabis auf dem Vormarsch





4

ZEITGESCHEHEN

Vor 20 Jahren: Israel zieht sich aus dem Libanon zurück



6

NETANJAHU UND GANTZ

Eine außergewöhnliche Regierung



12

CORONA-KRISE

Eine besondere Zeit in Jerusalem

See Genezareth fast voll

Der Wasserpegel des Sees Genezareth ist in diesem Winter so hoch gestiegen wie seit 2004 nicht mehr. Am 2. Juni stand er bei 208,98 Metern unter dem Meeresspiegel. Das sind 18,5 Zentimeter unter der oberen roten Linie, ab der das Gewässer überzufließen droht. Seit Anfang des Jahres stieg der Pegel um mehr als 2,55 Meter. Ende Mai sank er wieder leicht ab.



Der See Genezareth in Galiläa ist wichtig für die Wasserversorgung Israels

Einem Fernsehbericht zufolge hat die Wasserbehörde einen Kanal graben lassen, um den See zu entlasten. So soll auch verhindert werden, dass der Damm in unmittelbarer Nähe zur Taufstelle am Jordan südlich des Sees geöffnet werden muss. In Israel wurde die Meldung vom hohen Wasserstand als positive Gegennachricht zur Corona-Krise gesehen. Der Wasserpegel wird seit 1926 kontinuierlich erfasst. Der Höchststand des Sees wurde 1969 gemessen, er betrug 208,20 Meter unter dem Meeresspiegel. Der Tiefststand wurde im November 2001 mit 214,87 Metern unter dem Meeresspiegel gemessen. Diese Marke gilt heute als „schwarze Linie“, ab der es zu irreparablen Naturschäden kommen kann. | Sandro Serafin

Unterirdische Räume nahe der Klagemauer entdeckt

Archäologen haben einen Komplex von drei unterirdischen Räumen nahe der Klagemauer freigelegt. Für die Wissenschaftler ist es der erste Fund dieser Art. Die Räume sind unter dem „Strauss-Gebäude“ an der Nordseite des Klagemauer-Platzes gelegen. In dem Gebäude befinden sich öffentliche Toiletten und der Eingang zu den Klagemauer-Tunneln. Die unterirdische Anla-



Ausgrabungsleiter Monnickendam-Givon präsentiert den archäologischen Fund

ge wurde vor der Zerstörung Jerusalems im Jahr 70 nach Christus gegraben. Ihr Zweck bleibt allerdings ein Rätsel. Den Wissenschaftlern stellt sich die Frage, warum derart viel Mühe investiert wurde, um durch das dortige Felsgestein zu graben. Ausgrabungsleiter Barak Monnickendam-Givon nennt laut der Zeitung „Times of Israel“ drei Möglichkeiten: Die Räume dienten als Vorratskeller, als Wohnraum oder als Fluchraum bei Belagerungen. | Daniel Frick

8 ZUSAMMENARBEIT IN CORONA ZEITEN

UNO-Lob und PA-Hetze

10 MEDIZINFOR- SCHUNG IN ISRAEL

„Das Land von Milch, Honig
und Cannabis“

14 BUCH- VORSTELLUNGEN

Warum sich die DDR-Volks-
kammer vor 30 Jahren bei
Israel entschuldigte

15 BIBELBLICK

Land – verwüstet
und gesegnet

IMPRESSUM

Herausgeber

Christliche Medieninitiative pro e.V.

Charlotte-Bamberg-Straße 2

D-35578 Wetzlar

Telefon +49 (64 41) 5 66 77 00

Telefax +49 (64 41) 5 66 77 33

israelnetz.com

info@israelnetz.com

Vorsitzender Michael Voß

Geschäftsführer

Christoph Irion (V.i.S.d.P.)

Büro Wetzlar Dana Nowak

(Redaktionsleitung), Daniel Frick,

Elisabeth Hausen (Leitende

Redakteurin online), Timo König,

Egmond Prill, Martin Schlorke

Büro Jerusalem mh

Titelfoto

Verteidigungsminister Gantz (l.) und

Premier Netanjahu im Chagall-Saal der

Knesset | Quelle: flash90

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

2. Juni 2020

Spenden

Israelnetz lebt von Ihrer Spende.

Volksbank Mittelhessen eG

IBAN DE73 5139 0000 0040 9832 01

BIC VBMHDE5F

www.israelnetz.com/spenden

Liebe Leser,

unsere Welt, die noch vor wenigen Monaten so groß wirkte, ist klein geworden. Es gab Tage, da schienen die Nachrichten zu den Maßnahmen gegen die Ausbreitung des für das menschliche Auge unsichtbaren Coronavirus rund um den Globus nahezu austauschbar: Nur fünf Minuten später wusste ich oft schon nicht mehr, in welcher Sprache ich die neu angekündigten Einschränkungen soeben gelesen hatte und ob diese nun zur Virusbekämpfung für Israel, Deutschland oder Österreich galten.

Israel und die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) haben früh einschneidende Maßnahmen getroffen: Noch bevor Israel überhaupt den ersten Infizierten registrierte, stufte es die Krise als Sicherheitsrisiko ein. Die Grenzen waren nahezu abgeriegelt, zu Pessach, Ostern und im Ramadan gab es Ausgangssperren (Seite 12). Jahrestage und öffentliche Feiern fielen aus und über die Feste hinaus gab es Kontaktverbote zu Freunden und Familien.

Der Preis freilich war hoch, doch das Ziel wurde erreicht: die Zahlen der Todesopfer und Neuinfektionen blieben überschaubar. Zu keinem Zeitpunkt kam es zu einer Auslastung oder gar der befürchteten Überlastung des Gesundheitssystems. In diesem Jahr erlebt Israel zum ersten Mal seit Bestehen des Staates eine Krise auf nationalem Niveau, die nichts mit dem arabisch-israelischen Konflikt zu tun hat. Gemeinsam zogen beide Seiten an einem Strang. Trotzdem hielt die reibungslose Zusammenarbeit die palästinensische Führung nicht davon ab, gegen den jüdischen Staat zu wettern (mehr ab Seite 8).

Die vergangenen Wochen waren herausfordernd, sowohl für die mentale Verfassung der Israelis als auch für die Wirtschaft im ganzen Land. Mehrheitlich folgten die Israelis überraschend diszipliniert den strengen Vorgaben. Die Regierung erließ nach und nach neue Lockerungsbestimmungen.

Apropos Regierung: Nach drei Wahlgängen und mehr als 500 Tagen mit Übergangsregierung gibt es seit Mitte Mai wieder eine offizielle Regierung in der einzigen Demokratie im Nahen Osten. Dass dieses Kabinett so umfangreich ist wie keines seiner Vorgänger, ist nur einer von mehreren bemerkenswerten Aspekten, die mein Kollege Sandro Serafin zusammengestellt hat (mehr ab Seite 6).

In all dem Trubel ging der 20-jährige Jahrestag des Rückzugs der israelischen Armee aus dem Libanon im öffentlichen Bewusstsein fast unter (mehr ab Seite 4). Und Israel erhofft sich, im Bereich der Entwicklung von medizinischem Cannabis eine weltweit führende Rolle einzunehmen (mehr ab Seite 10). Es gibt eben neben Corona noch viele andere medizinische Herausforderungen.

„Wir müssen unser Leben an eine Corona-Realität anpassen“, sagte ein Freund kürzlich lapidar zu mir. Die Folgen der aktuellen Ereignisse werden uns alle noch lange begleiten. Vieles, das früher selbstverständlich schien, muss neu gedacht werden und auf manches, das uns lieb ist, müssen wir für einige Zeit verzichten. In all dem bleibt ein Ausspruch aktuell, den die Bibel Mose zuschreibt. Der, den die Bibel als „Mann Gottes“ bezeichnet, wendet sich an seinen Schöpfer: „Herr, du bist unsre Zuflucht für und für. Ehe denn die Berge wurden und die Erde und die Welt geschaffen wurden, bist du, Gott, von Ewigkeit zu Ewigkeit“ (nachzulesen in Psalm 90).

Herzlich grüßt Sie aus Jerusalem,

Miriam Holmer



Vor 20 Jahren: Israel zieht sich aus dem Libanon zurück

Als Israel im Mai 2000 seine Truppen aus dem Südlibanon abzieht, hoffen viele Bürger auf Frieden. Doch Araber werten den Rückzug als Sieg, und Palästinenserführer Arafat setzt auf Gewalt.

Ein Gastbeitrag von Johannes Gerster



Im Mai 2000 zog Israel seine Soldaten aus dem Südlibanon ab

Israel startete am 24. Mai 2000 – also vor 20 Jahren – seinen Rückzug aus dem Südlibanon, der bereits am nächsten Morgen um 3 Uhr beendet war. Eine militärische Spitzenleistung ohne Verletzung eines einzigen Soldaten. Gleichzeitig wechselten 6.000 Angehörige der mit Israel verbündeten Miliz Südlibanesische Armee nach Israel, wo sie Asyl beantragten und zunächst in einem Zeltlager am See Genezareth versorgt wurden. Eine 22-jährige Besatzung hatte ihr zunächst friedliches Ende genommen.

Israels Premierminister Ehud Barak bezeichnete diesen 24. Mai als historischen Tag und verband ihn mit der Hoffnung auf Entspannung in der Region. Ganz sicher war er seiner Sache allerdings nicht. Denn er machte zugleich die Regierungen in Beirut und Damaskus dafür verantwortlich, sollten vom Libanon aus Gewalttaten gegen Israel verübt werden. In der Tat füllte die vom Iran unterstützte Hisbollah das militärische Vakuum im Südlibanon aus

und verstärkte ihren Kampf gegen Israel. Die arabischen Staaten gratulierten dem Libanon zu diesem Sieg, hielten sich aber zunächst mit verbalen Attacken gegen Israel zurück.

Palästinenser sollten gegen Grenze marschieren

Ganz anders die radikalen Palästinensergruppen. Ramadan Abdallah Schallah erklärte für den Islamischen Dschihad: „Der Sieg der Hisbollah beweist, dass der bewaffnete Kampf der einzige Weg zur Befreiung ist.“ Ahmed Dschabril von der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) erklärte vollmundig, er würde am liebsten 300.000 im Libanon lebende Palästinenser gegen die israelische Grenze marschieren lassen. „Lasst die Israelis doch das Feuer auf Kinder, Frauen und Alte eröffnen ...“

In den gleichen Chor stimmten die Hisbollah-Kämpfer am Grenzzaun Israels ein und riefen den Israelis auf der anderen Seite zu: „Wir wollen keinen Frieden mit euch! Wir werden euch von dem Land verjagen, auf dem ihr steht.“

Durch den Rückzug Israels aus dem Libanon ist der Frieden in Nahost nicht sicher geworden, ganz im Gegenteil. Die Propaganda der Palästinenser stellte auf drei gefährliche Automaten ab:

1. Der Rückzug Israels aus dem Libanon sei die erste militärische Niederlage seit Gründung des Staates Israel. Dieser Staat sei verletzlich und besiegbare geworden.
2. Der militärische Sieg der Hisbollah beweise, dass Israel nur auf Gewalt reagiere. Der militante Kampf gegen Israel müsse daher verstärkt werden.
3. Israel habe das besetzte ägyptische Land vollständig zurückgeben müssen. Es habe auch das besetzte jordanische Land vollständig zurückgeben müssen (was aber nie geschehen ist). Auch der Golan werde vollständig an Syrien zurückgegeben. Demzufolge müs-

se auch das gesamte palästinensische Land an die Palästinenser zurückgegeben werden, Israel also von der Landkarte verschwinden.

Auch für die israelische Regierung und die israelische Öffentlichkeit war der Rückzug aus dem Libanon weniger als symbolischer Auftakt einer neuen Friedensinitiative gedacht, sondern eher die Reaktion auf wachsende Widerstände gegen die langandauernde Besatzungspolitik im Südlibanon. Israel marschierte 1978 kurzzeitig im Südlibanon ein, um dort die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) zu bekämpfen – aus eigenem Interesse, aber auch auf Bitten dortiger Einwohner. Weil die PLO ihre Machtbasis aber weiter ausbaute, marschierte Israel 1982 nochmals ein. Und seit diesem Jahr waren dort 950 israelische Soldaten ums Leben gekommen. Die israelische Bevölkerung hatte immer weniger Verständnis für diese „Blutopfer“ Israels.

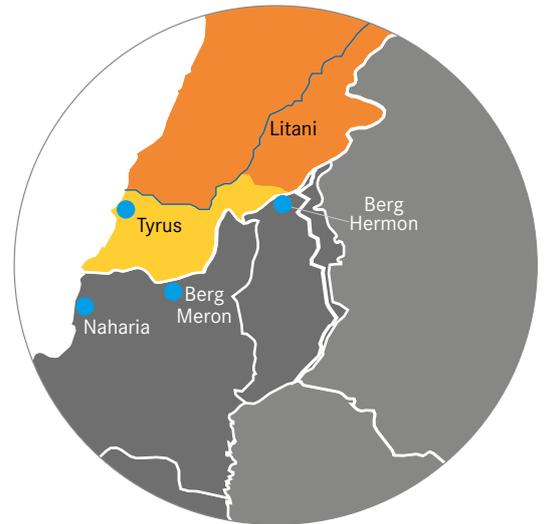
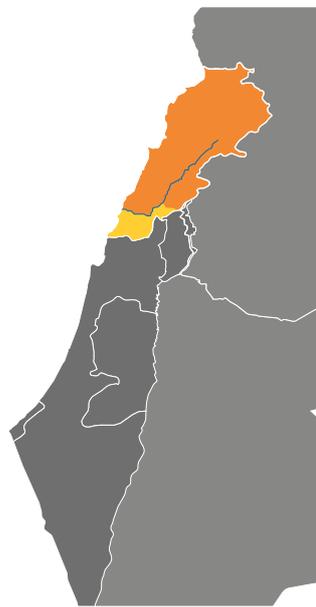
Vor allem die Mütter von israelischen Soldaten hatten durch ergreifende Demonstrationen den Widerstand gegen die Besetzung des Südlibanon verstärkt. Deshalb wurde der Rückzug der israelischen Armee aus dem Südlibanon zwar von der Mehrheit der Israelis gebilligt, was sich am kurzfristigen Hochschnellen der Sympathiewerte Baraks auch ablesen ließ. Aber auch in Israel galt dieser Rückzug eher als Flucht statt als Lösung eines politischen Problems.

Doppelter Rückschlag

Das Jahr 2000 brachte jedenfalls zwei weitere Rückschläge für alle, die am Gelingen eines Friedensprozesses zwischen Israel und den Palästinensern interessiert waren. Zwei Ereignisse, die sich ohne den Rückzug Israels aus dem Südlibanon wohl kaum so ereignet hätten.

Im Juli hatte US-Präsident Bill Clinton den Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) Jasser Arafat und den israelischen Premierminister Barak zu Friedensgesprächen in den Sommersitz des US-Präsidenten, nach Camp David, eingeladen. Dieses Dreiertreffen ging als Camp David II in die Geschichte ein und sollte wohl den positiven Geist von Camp David I aus dem Jahre 1979 fortführen. Damals war es US-Präsident Jimmy Carter gelungen, mit dem ägyptischen Präsidenten Anwar as-Sadat und dem israelischen Premierminister Menachem Begin positive Schritte zu einem Frieden zwischen Ägypten und Israel zu gehen.

Der positive Geist von Camp David I reichte für Camp David II nicht aus. Obwohl Barak den Palästinensern nach israelischer Berechnung 90 Prozent der Westbank und nach palästinensischer Berechnung 80 Prozent der Westbank



Die PLO hatte sich seit der Vertreibung aus Jordanien im Jahr 1970 im Libanon festgesetzt. Von dort aus kam es immer wieder zu Terrorangriffen gegen Israel. Der bekannteste ist das Küstenstraßenmassaker von 1978 mit 38 Todesopfern. Israel reagierte darauf drei Tage später mit der „Operation Litani“, dem Vormarsch gegen PLO-Stellungen bis zum Fluss Litani. Die PLO wurde vorerst in den Norden des Libanon vertrieben, die UNO gründete die bis heute aktive Beobachtertruppe UNIFIL, und Israel zog sich wieder zurück. Da die Terrorakte nicht aufhörten, kam es 1982 zu einem erneuten Einmarsch, in dessen Folge die PLO nach Tunesien vertrieben wurde, die israelische Armee blieb. Im Verlauf der jahrelangen Besatzung kam mit Unterstützung Syriens und des Iran die Hisbollah als Gegner hervor. Im Februar 1997 stießen zwei israelische Hubschrauber in der Luft zusammen, die Truppen in den Südlibanon transportierten. Dabei kamen 73 Soldaten um. Das Ereignis löste eine landesweite Trauer aus und erhöhte den öffentlichen Druck, aus dem Gebiet abzuziehen.

sowie ein zusätzliches Gebiet des Negev für einen eigenen Staat angeboten hatte, lehnte Arafat dieses Angebot brüsk ab. Die Gespräche endeten praktisch ergebnislos.

Für Clinton lag die Schuld bei Arafat. Nicht wenige Israelis zweifelten allerdings, ob Barak sein Angebot, hätte Arafat dies angenommen, politisch in der Knesset überlebt hätte. Tatsache ist, dass Arafat vor Camp David II auf einem Seminar der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ramallah öffentlich erklärt hatte: „Nach dem Rückzug Israels aus dem Libanon ist für mich klar, dass wir mit Gewalt mehr als durch Verhandlungen mit Israel erreichen.“

Das Scheitern der Verhandlungen und die damit verbundenen Hoffnungslosigkeiten führten zum Ausbruch der „zweiten Intifada“ am 28. September 2000, und diese hielt Israelis, Palästinenser und die Welt fünf Jahre lang in Angst und Schrecken. In Israel führte dieser Gewaltausbruch zu einem Rechtsruck, der Barak aus dem Amt fegte und Ariel Scharon am 7. März 2001 ins Premierminister-Amt führte.

Die Geschichte des Nahen Ostens ist die Geschichte gescheiterter Friedenschancen. Der Rückzug aus dem Libanon eröffnete eine dieser Chancen, die nicht zum Frieden, sondern zu neuer Gewalt führte. |



Johannes Gerster ist Ehrenpräsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft. Von 1997 an leitete er neun Jahre lang das Jerusalem Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Außergewöhnliche Regierung

Nach drei Wahlgängen innerhalb eines Jahres haben Netanjahu und Gantz eine Koalition gebildet. Die neue Regierung ist zwar in vielerlei Hinsicht außergewöhnlich, ähnelt aber in bestimmten Gesichtspunkten einem Vorläufer-Modell.

Sandro Serafin

So viel steht fest: Die 35. israelische Regierung ist außergewöhnlich, und das gleich in mehrfacher Hinsicht. Drei Wahlgänge hat es gebraucht, um sie auf die Beine zu stellen – beispiellos in der Geschichte des jüdischen Staates. Seit Dezember 2018 bis zum Tag der Vereidigung am 17. Mai waren mehr als 500 Tage vergangen, in denen die Israelis ohne reguläre Regierung auskommen mussten. Und nun haben sie das größte Kabinett bekommen, das sie je hatten: 33 Minister zählt es, dazu kommt der Regierungschef. David Ben-Gurion war direkt nach der Staatsgründung noch mit zwölf Ministern an seiner Seite ausgekommen. Um alle Parteigänger zufriedenzustellen, wurden alte Ministerien in ihre Einzelteile zerlegt und ganz neue Ressorts wie etwa das Siedlungsministerium geschaffen. Und das in Zeiten von Corona und der damit verbundenen Wirtschaftskrise, wie viele Medien kritisch kommentierten.

Zu den Regierungsmitgliedern zählen mit Alija-Ministerin Pnina Tamano-Schata und Diasporaministerin Omer Jankelevitsch – ebenfalls erstmals – eine in Äthiopien geborene Jüdin sowie eine ultra-orthodoxe Frau. An der Spitze der Regierung steht mit Benjamin Netanjahu ein unter Korruptionsanklage stehender Premierminister, dessen Prozess inzwischen auch offiziell begonnen

hat – noch etwas, das es in der israelischen Geschichte noch nicht gegeben hat.

Rotieren wie Peres und Schamir

Doch an der neuen Regierung ist keineswegs alles beispiellos. Am 17. November 2021 soll Netanjahu den Posten des Premiers an Blau-Weiß-Chef Benny Gantz übergeben, der sich schon jetzt „alternierender Premierminister“ nennen darf. Ein solches Rotations-Modell hat es in der israelischen Geschichte schon einmal gegeben: In den 80er Jahren wechselten sich Schimon Peres vom linken Ma'arach und Jitzchak Schamir vom Likud im Amt des Premierministers ab. Damals wie heute war die Idee aus einer Notsituation, nämlich einem Patt in der Knesset, geboren. Und es gibt eine weitere Parallele: Peres und Schamir kämpften seinerzeit gegen eine schwere Wirtschaftskrise und eine viel zu hohe Inflationsrate. Netanjahu und Gantz müssen es heute mit der Corona-Krise aufnehmen, die die israelische Wirtschaft ebenfalls in schwere Turbulenzen stürzen könnte.

Die Pandemie ist es auch, mit der Gantz seinen Eintritt in Netanjahus fünfte Regierung rechtfertigt. Im Wahlkampf hatte er schließlich immer wieder versprochen, nicht mit dem Likud-Chef zu kooperieren und sich auf großen Wahlplakaten gerade wegen Netanjahu „besorgt um Israel“ gezeigt. Der hatte wiederum Gantz als politisch völlig unfähig, erpressbar, als ein Sicherheitsrisiko und – in Israel fast schon ein Schimpfwort – „links“ dargestellt. Zu Gantz' jetziger Kehrtwende dürfte auch machtpolitischer Realismus beigetragen haben. Denn der einstige Armeechef war zu keinem Zeitpunkt der vergangenen anderthalb Jahre ernsthaft in Reichweite einer eigenen Regierungsmehrheit gekommen. In Folge der Corona-Krise wiesen Umfragen im April sogar eine deutliche Mehrheit für den rechten Parteienblock aus, die Netanjahu stets angestrebt, aber in allen Wahlen verfehlt hatte.

Die neue Regierung nennt sich ganz offiziell „nationale Notstands- und Einheitsregierung“, denn sie stützt sich auf 73 von 120 Knesset-Abgeordneten aus den unterschiedlichen politischen Lagern stützt. Solche lagerübergreifenden Koalitionen hat es schon mehrfach gegeben, so etwa während des Sechs-Tage-Krieges. Heute kommen die Minister aus den Parteien Likud, Blau-Weiß, der einst so stolzen, aber inzwischen um ihre Existenz kämpfenden Arbeitspartei, den Kleinstparteien Jüdisches Haus, Gescher und Derech Eretz sowie den ultra-orthodoxen Fraktionen von Schass und dem Vereinigten Tora-Judentum. Obwohl Gantz deutlich weniger Abgeordnete hinter sich weiß als Netanjahu, durfte er die Hälfte der Minister bestimmen. Darunter sind auch so wichtige Ressorts wie das Verteidigungsministerium, das

Die 35. israelische Regierung

„Nationale Notstands- und Einheitsregierung“

Amtszeit zunächst **drei Jahre**



73 von 120 Knesset-Abgeordneten

Zwei Blöcke

Mitte-links

Blau-Weiß, Arbeitspartei,
Derech Eretz

rechts-religiös

Likud, Schass, Vereinigtes
Tora-Judentum, Jüdisches
Haus, Gescher

33 Minister + Premierminister

Rotation Premier Benjamin Netanjahu ↔ Benny Gantz

Außenminister Gabi Aschkenasi ↔ Miri Regev

Verteidigungsminister Benny Gantz ↔ Gabi Aschkenasi

Ziele

Bekämpfung der Corona-Krise, „nationale Versöhnung“, Abbau sozialer Ungleichheiten, Verstärkung jüdischer Einwanderung, gegebenenfalls Siedlungs-Annexionen (ab Juli)



Premier Netanjahu soll seinen Posten Ende 2021 an Gantz (l.) abgeben

er zunächst selbst leitet, sowie das Justizressort, das jahrelang in rechter Hand lag. Das Außenministerium wird von Gabriel „Gabi“ Aschkenasi (Blau-Weiß) geführt, bevor Netanjahus Getreue Miri Regev (Likud) in 18 Monaten übernehmen soll.

Wenig Inhalte

Wo genau die neue Regierung inhaltlich hin will, ist unterdessen unklar. Im Koalitionsvertrag haben Likud und Blau-Weiß festgehalten, dass sie sich in den ersten Monaten überwiegend der Corona-Pandemie widmen wollen. Inhaltliche Weichenstellungen sind kaum zu finden. Lediglich auf Allgemeinformeln hat man sich einigen können. Umstrittene Punkte wie etwa die Frage der Wehrpflicht für Ultra-Orthodoxe wird das neue Kabinett – wenn überhaupt – nur mit äußerster Vorsicht angehen können.

Dass es der Koalitionsvertrag dennoch auf rund 40 Paragraphen bringt, liegt an den detaillierten machtpolitischen Mechanismen, die dort niedergeschrieben wurden und von großem Misstrauen zwischen den neuen Partnern zeugen. Wie schon Jitzchak Schamir in den 80er Jahren in Bezug auf Peres hat Gantz Sorge, Netanjahu könne sich in anderthalb Jahren weigern, tatsächlich zurückzutreten. Die nun vereinbarten Regelungen sollen das verhindern, wenngleich sie es nicht ausschließen können. Peres räumte damals vereinbarungsgemäß seinen Posten.

Für internationale Aufmerksamkeit sorgt unterdessen die Tatsache, dass Netanjahu sich die Möglichkeit hat einräumen lassen, ab Juli des laufenden Jahres jüdische Städte und Kommunen im Westjordanland zu annektieren. Damit könnte er ein wichtiges Wahlversprechen umsetzen. Gleichzeitig steht er unter Zeitdruck, da sich US-Präsident Donald Trump im November der Präsidentschaftswahl stellen muss und Israel dann unter Umständen einen wichtigen Partner verlieren könnte. Der Koalitionsvertrag

legt fest, dass eine Annexion nur unter „Wahrung der regionalen Stabilität und der Friedensverträge“ geschehen dürfe. Diese Formulierung zielt vor allem auf den östlichen Nachbarn Jordanien, mit dem Israel einen Friedensvertrag hat. Das Königreich hat wiederholt mit schweren Konsequenzen gedroht, sollte die Regierung mit ihren Plänen Ernst machen.

EU-Beratungen schon vor Vereidigung

Auch in der EU interessieren sich die verantwortlichen Politiker vor allem für diesen Punkt. Noch bevor das Kabinett überhaupt vereidigt war, diskutierten die Mitgliedsstaaten bereits in großer Runde über eine mögliche Reaktion. Letztlich verhinderten die konservativ geführten Regierungen Österreichs und Ungarns eine gemeinsame Stellungnahme. Alexander Schallenberg, Außenminister der Alpenrepublik, warnte vor einer „Vorverurteilung“ des jüdischen Staates. Man müsse die Regierung an ihren Taten messen.

Unterdessen fragt man sich in Israel, wie lange das Zweckbündnis von Likud und Blau-Weiß wohl überleben wird. Der Koalitionsvertrag beschränkt die Amtszeit auf zunächst drei Jahre. Das ist ein Jahr weniger, als eine Legislaturperiode regulär dauert. Israelische Medien berichteten bereits in der ersten Woche nach der Vereidigung von angeblichen Spannungen und einem Krisengespräch zwischen Gantz und Netanjahu. Auch Jair Lapid, einstiger Verbündeter von Gantz, der jedoch inzwischen mit diesem gebrochen hat, meint, dass die Koalition schon bald zusammenbrechen werde. Zumindest das Vorläufer-Modell aus den 80er Jahren machte es seinerzeit allerdings anders. Ausgerechnet das Rotations-Bündnis von Peres und Schamir entwickelte sich zu einer der nicht ganz so zahlreichen israelischen Koalitionen, die eine ganze Amtszeit überlebten. |

UNO-Lob und PA-Hetze

Eigentlich lief die Kooperation zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde zur Eindämmung der Corona-Pandemie glänzend. Die Vereinten Nationen waren entzückt und witterten gar einen Schub für den Friedensprozess. Doch die Palästinenserführung verleumdet Israel weiterhin. Inzwischen will sie von Zusammenarbeit grundsätzlich nichts mehr wissen.

Timo König

Zur Eindämmung der Corona-Pandemie haben Israel und die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) eng zusammengearbeitet. Doch nun stellt die Fatah-Führung die neu gewachsene Koordinierung mit Israel in Frage. Als Auslöser dient der Koalitionsvertrag zwischen Israels Premier Benjamin Netanjahu und seinem Wahlkampf-Rivalen Benny Gantz vom Blau-Weiß-Bündnis. Dieser sieht eine Knessetabstimmung über eine Annexion des Jordantals und der israelischen Siedlungen im Westjordanland ab Juli dieses Jahres vor. PA-Präsident Mahmud Abbas verkündete daraufhin, der Kampf gegen die Corona-Pandemie lenke „Palästina“ nicht von seinem Hauptziel ab, die Besatzung zu beenden. Am 19. Mai erklärte er dann alle Abkommen mit Israel „einschließlich Sicherheitsverpflichtungen“ für beendet. Laut der israelischen Zeitung „Ha'aretz“ begannen palästinensische Sicherheitskräfte am 21. Mai mit ihrem Abzug aus der in den Osloer Verträgen festgelegten Zone B im Westjordanland. Sie waren dort nach Abstimmung mit Israel stationiert worden, um die Durchsetzung der Anti-Corona-Maßnahmen zu überwachen. Nun zögen sie sich in die Zone A zurück, die vollständig der PA unterstellt ist. Zone B untersteht israelischer Militärkontrolle.

Am 19. Mai lehnte die PA zudem Hilfsgüter aus den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) ab. Erstmals in der Geschichte war ein Flugzeug aus den Emiraten in Israel gelandet. An Bord befanden sich 16 Tonnen medizinische Ausrüstung für die Palästinenser im Westjordanland und im Gazastreifen. Ein nicht namentlich genannter israelischer Regierungsvertreter sagte laut der Onlinezeitung „Times of Israel“, der Flug sei mit Jerusalem koordiniert worden. Die Lieferung sei hingegen nicht mit der PA abgestimmt gewesen, sagte deren Gesundheitsministerin Mai Kaila. Die PA wolle nicht als Vehikel dienen für die Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und arabischen Ländern. Die Hilfsgüter sollen nun in den Gazastreifen gehen.

Inwieweit Abbas' Absage an die Zusammenarbeit weitere Schritte folgen, ist bisher unklar. Einerseits sind derartige Ankündigungen nicht neu, wurden aber nie umgesetzt. Andererseits ist von israelischen Regierungsbeamten zu hören, dass es die Palästinenser diesmal ernst meinen.



Bisher konnten die Palästinenser die Opferzahl klein halten, bis Anfang Juni gab es vier Tote zu beklagen

Es lief eigentlich „exzellent“

Für ihren Umgang mit der Corona-Pandemie hatten Israel und die Palästinensische Autonomiebehörde viel Lob bekommen. Nicht nur, weil jeder für sich genommen die Krise im globalen Vergleich bisher gut meisterte, sondern auch, weil sie zusammenarbeiteten. Laut einem UN-Bericht übten die beiden Seiten eine „enge, beispiellose Kooperation, um die Epidemie einzudämmen“.

Abgesandte der jeweiligen Gesundheitsministerien sowie der israelischen Behörde für die Koordination der Regierungsaktivitäten in den besetzten Gebieten (COGAT) trafen sich mehrmals wöchentlich. Laut einem hochrangigen PA-Mitarbeiter griff die Abstimmung sogar noch weiter: „Die Nachrichten gehen ununterbrochen hin und her“, sagte er gegenüber der „Times of Israel“. Es war ungewohnt, wie offen die PA über die Kooperation mit Israel redete – auch Sprecher Ibrahim Milhem erwähnte sie bei Pressekonferenzen mehrmals.

UN-Generalsekretär António Guterres hob das gemeinsame Vorgehen in einer Videoansprache als vorbildlich hervor: „Im Kampf gegen COVID-19 konnten die Palästinensische Autonomiebehörde und Israel zusammenarbeiten, obwohl wir die extreme politische Entzweiung der beiden kennen.“ Der UN-Sondergesandte für den Nahen Osten, Nickolay Mladenov, stimmte in das Lob ein und nannte die Abstimmung zwischen

beiden Seiten „exzellent“ und „inspirierend“. Mladenov verknüpfte damit sogar Hoffnungen für die Zukunft: „Die Anerkennung der gegenseitigen Abhängigkeit könnte sich – wenn der politische Wille da ist – in einen greifbaren Fortschritt zur Lösung des Konflikts übertragen.“ Die Führung beider Seiten solle diese Gelegenheit ergreifen.

Ähnlich appellierte der israelische Staatspräsident Reuven Rivlin in einem Telefonat an Abbas: „Unsere Fähigkeit, in Krisenzeiten zusammenzuarbeiten, ist ein Beweis für unsere Fähigkeit, auch in Zukunft zum Wohle von uns allen zusammenzuarbeiten.“

Hilfslieferungen auch nach Gaza

Israel tauschte mit den Palästinensern nicht nur Informationen aus. COGAT bot in den Autonomiegebieten Trainingseinheiten für medizinisches Personal an. Zudem hat Israel nach eigenen Angaben mehr als 200 Tonnen Hilfsgüter in den Gazastreifen und ins Westjordanland geliefert, dazu tausende Testeinheiten und Schutzanzüge. Die Regierung stimmte gar zu, umgerechnet 130 Millionen Euro an Steuereinnahmen für die Palästinenser im Voraus zu überweisen, um finanzielle Engpässe abzuwenden. In Ostjerusalem, wo viele arabische Bewohner die israelische Staatsgewalt nicht anerkennen, verteilte die israelische Armee zusammen mit palästinensischen Freiwilligen Nahrungsmittel.

Neben einer frühen Schließung von Schulen und Geschäften seitens der Autonomiebehörde in den ihr unterstellten Gebieten trugen die Absprachen mit Israel zu einer Krisenbewältigung bei, die sich sehen lassen kann: Die Neuinfektionen in den PA-Gebieten bewegen sich auf sehr niedrigem Niveau, immer wieder lagen diese mehrere Tage hintereinander bei Null. Bisher verzeichnet die PA im Westjordanland 368 COVID-19-Erkrankungen und hat derzeit drei Tote zu beklagen. Die Behörden im Gazastreifen zählen 55 Fälle mit bisher einer Toten (Stand 27. Mai).

Die erfolgreiche Zusammenarbeit schien für den Premier der PA, Mohammed Shtajje, jedoch nie Grund zu sein, von verbalen Attacken gegen Israel abzulassen. Ende März sagte er: „Was Israel tun soll, ist, uns in Ruhe zu lassen. Unsere eigentliche Schwäche in unserem Kampf gegen COVID-19 ist die israelische Besatzung und ihre Politik, die unsere Anstrengungen zum Schutz unsere Volkes behindert.“ PA-Sprecher Ibrahim Milhem behauptete im April, Israel exportiere das Virus absichtlich in die palästinensischen Gebiete.

Israel hatte die etwa 70.000 Palästinenser, die sich als Tagelöhner verdingen, vor die Wahl gestellt, zu Hause zu bleiben oder für zwei Monate in Israel zu bleiben. Der israelische Baugewerbeverband organisierte in Windeseile 40.000 Unterkünfte für sie – die Arbeiter sind nicht nur für die palästinensische, sondern auch für die israelische Wirtschaft eine Stütze. Allerdings beschloss die israelische Regierung kurz darauf eine Ausgangssperre. Ohne Arbeit kehrten viele Tagelöhner in die Autonomiegebiete zurück. Einige sollen so das Virus aus Israel eingeschleppt haben. Laut PA lassen sich drei Viertel der Infektionen in den Gebieten nach Israel zurückverfolgen.

Die palästinensische Regierungspartei Fatah verbreitete auf Facebook, Israel führe einen „biologischen Krieg gegen Palästina“ und „schmuggle“ infizierte Arbeiter zurück, gar durch Tunnel und Abwasserkanäle. Dass „Palästina“ die Epidemie besser in den Griff bekomme als der jüdische Staat, habe diesen „wahnsinnig“

werden lassen. Die Israelis würden infizierte Arbeiter an Checkpoints „wie Müll abladen“ – ohne Abstimmung mit palästinensischen Behörden zwecks Corona-Tests und Quarantäne. Die Regierung in Jerusalem forderte die PA auf, ihre „Hetze“ einzustellen. Shtajje erwiderte, er lasse sich nicht „erpressen“. Seine Mannschaft behauptete gar, israelische Soldaten kämen extra nach „Palästina“, um dort das Virus zu verbreiten. Die offizielle PA-Zeitung „Al-Hajat al-Dschadida“ schrieb am 30. März: „Vor ein paar Tagen haben dutzende Besatzungssoldaten auf Autos und Türgriffe von Anwohnern gespuckt.“ Dies sei geschehen, um palästinensische Gebiete zu „verseuchen“.



Der palästinensischen Führung zufolge sind Israelis das schlimmste „Virus“

Israelis als das schlimmste „Virus“

Zum Anlass dafür nahm sie ein Video eines israelischen Patrouille-Soldaten in Hebron, der nahe eines Autos ausspuckte. Die PA-Zeitung diagnostizierte, dies geschehe im „wilden Verlangen, das palästinensische Volk mit allen Mitteln loszuwerden“. Fatah-Chefunterhändler Saeb Erekat flankierte die Kampagne mit den Worten: „Palästina findet sich heute zwischen zwei Epidemien: Zu einer Zeit, wo unser ganzes Volk mit dem Coronavirus zu tun hat, geht es mit der gleichen Entschlossenheit gegen die Epidemie der kolonialistischen Besatzung vor.“

Israelis als Krankheit zu bezeichnen erlebt in der Fatah-Propaganda seit Corona einen Boom. So stellte am 23. März eine Karikatur in „Al-Hajat al-Dschadida“ israelische Sicherheitskräfte als Coronavirus dar. Ein Gefängniswärter trägt eine grüne Uniform und einen Helm mit Noppen, die an Corona erinnern. Er ist mit einem Sturmgewehr bewaffnet und führt einen palästinensischen Häftling an einem Seil mit sich. Im Artikel zur Karikatur heißt es, die „Besatzungsbehörden“ hätten nicht die nötigen Schritte unternommen, um die Ausbreitung des Virus zu verhindern, sondern sie gefördert, „indem sie den Häftlingen desinfizierendes und reinigendes Material vorenthielten – als wären wir am Rand eines Holocaust gegen die palästinensischen Häftlinge, aber nicht durch Öfen, sondern durch ein unsichtbares Virus, für das es noch kein Heilmittel gibt“. Das „kolonialistische“ System unter Israels Premier Benjamin Netanjahu zeige einmal mehr, „dass es das gefährlichste dem Menschen bekannte ‚menschliche Virus‘ ist“.

„Das Land von Milch, Honig und Cannabis“

In seinem Umgang mit Cannabis gilt Israel als liberal. Und in der Forschung des medizinischen Cannabis ist das kleine Land führend. Die Regierung möchte die Grundlagen dafür legen, dass Cannabis-Medikamente künftig so normal sind wie Kopfschmerztabletten. Bis es soweit ist, müssen noch einige Hürden genommen werden.
mh



BOL Pharma ist ein großer Arbeitgeber in der Region um Beit Schemesch, auch viele Beduinen arbeiten dort



Cannabis-Produkte werden künftig wesentlicher Bestandteil der Pharmaindustrie sein, ist Tamir Gedo überzeugt

Telegrass – so lautet der Name eines Online-Drogennetzwerkes, das die strengen Privatsphärenregeln der Sofortnachrichten-App Telegram dazu nutzt, um leichte Drogen und Cannabis zu verkaufen. Im März 2019 wurden 42 Teilnehmer des Netzes in Israel, den USA, der Ukraine und Deutschland festgenommen. Unter ihnen war auch dessen Gründer, Amos Silver, der sich zu dem Zeitpunkt in der Ukraine aufhielt und fünf Monate später an Israel ausgeliefert wurde. Obwohl die israelische Polizei damals das Ende des Online-Netzwerkes

verkündet hatte, ist es mit 200.000 Mitgliedern immer noch eines der größten Drogennetzwerke in Israel – Silver und seine Kollegen sind längst wieder auf freiem Fuß.

Kriminelle Machenschaften, Drogenmilieu, von der Polizei gejagte Dealer – das sind Assoziationen, die viele Bürger haben, wenn von Cannabis und Hanf die Rede ist. Dafür, dass das anders wird, setzt sich ausgerechnet die israelische Regierung ein. Denn sie ist überzeugt, dass in der grünen Pflanze Heilstoffe stecken, die das Potenzial haben, das Leben von Millionen kranken Menschen angenehmer zu gestalten. „Israel ist das Land von Milch, Honig und Cannabis“ – so werben sowohl Silver als auch Befürworter des medizinischen Cannabis für ihren Stoff.



Von jeher wird die Hanfpflanze einerseits als Heil- und Ölpflanze verwendet, andererseits ist sie Grundlage verschiedener Rauschmittel. Haschisch ist eine andere Bezeichnung – das Wort ist arabisch und heißt eigentlich einfach nur „Gras“. Wer jedoch im Deutschen von

Haschisch spricht, meint das extrahierte Harz der weiblichen Cannabisblüten, das in der Regel in einer Pfeife oder, vermischt mit Tabak, ähnlich einer Zigarette als Joint geraucht wird. Alternativ wird es auch als Teil von Keksen konsumiert. Der Besitz von Cannabis ist in Israel verboten, auch wenn nach einem 2018 verabschiedeten Gesetz für persönlichen Konsum keine Gefängnisstrafen mehr drohen. Der Besitz von 15 Gramm oder weniger wird mit Bußgeldern geahndet.

Einer von ihnen ist Juval Landschaft, Direktor der Abteilung für Medizinisches Cannabis im israelischen Gesundheitsministerium. „Schon die alten Ägypter vor 5.000 Jahren wussten um die Bedeutung von Cannabis“, erklärt Landschaft. „In ihren Gräbern haben wir die Pflanze gefunden.“ Landschaft leitet das Regierungsreferat für den Umgang mit Cannabis: Bereits 1992 wurde die Pflanze vom Gesundheitsministerium für medizinische Zwecke zugelassen. 2007 wurde ein nationales medizinisches Cannabis-Programm aufgelegt. 2011 hieß es in der Regierungsresolution 3609 zum Thema: „Wir verstehen, dass wir etwas tun müssen, auch wenn wir nicht wissen, was wir tun sollen.“

2016 gab die Regierung ein Regelwerk heraus, das die Verfügbarkeit von medizinischem Cannabis erklärt und eine größere



Als „Vater der Erforschung des medizinischen Cannabis“ begann Rafael Meschulam, Professor für Pharmazeutische Chemie an der Hebräischen Universität Jerusalem, bereits 1960 damit. Aus den rund 1.000 Substanzen löste er schon 1963 Cannabidiol (CBD) heraus, das Molekül, das einen therapeutischen Effekt auslöst – und dabei, im Gegensatz zum Molekül Tetrahydrocannabinol (THC), nicht psychoaktiv wirkt und nicht abhängig macht. Zu Beginn seiner Forschungen habe er sich Haschisch von der Polizei erbeten und begann, es zu untersuchen. THC und CBD haben einen synergetischen Effekt, im Bereich des medizinischen Cannabis wird das THC aber sehr sparsam verwendet.

Standardisierung ermöglichte. In der Resolution 1587 war das erklärte Ziel, „den Gebrauch von medizinischem Cannabis zu unterstützen, um gleichzeitig den Missbrauch zu verhindern und die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten“.

Bisher existiert „das grüne Buch“ nur in Hebräisch und wurde im Sommer 2019 neu aufgelegt. Im Januar 2019 beschloss die Regierung, dass die Medizinprodukte künftig auch exportiert werden dürften. Seit dem Frühjahr 2019 gibt es innerhalb Israels keine Begrenzung mehr für die Zahl der Patienten, die mit Cannabis behandelt werden dürfen. Apotheken können ein Zertifikat erwerben, das sie zum Verkauf von medizinischem Cannabis berechtigt. Seit Mitte Juni können israelische Firmen ihre Produkte für den Export durch das Gesundheitsministerium lizenzieren lassen.

Tamir Gedo leitet die größte Firma in diesem Bereich, Breath of Life (BOL Pharma). Der Geschäftsführer berichtet: „2013 gab es in Israel 12.500 Cannabispatienten, 2018 waren es 30.000. Heute sind es 65.000.“ Gedo ist überzeugt, dass die Zahl in den nächsten zwei Jahren auf 120.000 steigen wird. Die Cannabispflanze ist sehr sensibel, weiß der Direktor: „Nach der Ernte werden die Pflanzen auf 12 Meter hohen Regalen bei hoher Temperatur getrocknet, nach 16 Tagen verlieren sie ihre Giftstoffe. Dann kommen sie in einen Reinigungsraum und werden weiterverarbeitet. Jeder einzelne Bestandteil der Pflanze, sogenannte Cannabinoide, müssen katalogisiert werden, und auch nach der Weiterverarbeitung lässt sich erkennen, woher die Pflanze stammt.“ Cannabisbasierte Medikamente würden künftig 20 Prozent des Pharmamarktes ausmachen. Zu den Patienten gehörten Autisten, Diabetiker und Krebsleidende, es werde aber auch bei Traumata oder neurologischen Erkrankungen wie Epilepsie oder Multiple Sklerose eingesetzt.

Ein Medikament, das sich rauchen lässt

Von der sagenumwobenen Pflanze spricht Gedo sehr unaufgeregt: „Es gibt nur eine Pflanze Cannabis. Wir betrachten sie als Basis für Medizin. Zufällig lassen sich aber Teile von ihr auch als Droge benutzen. Natürlich wird es immer illegalen Anbau geben. Doch das hat nichts mit dem zu tun, was wir hier entwickeln.“ Gedo weiß, dass das Thema emotional aufgeladen ist: „Als ich vor einigen Jahren eingeladen wurde, an der Privathochschule IDC in Herzlia zu sprechen, betrat ich den Raum und wurde von 170 Studenten beklatscht. Wenn es in der Knesset um Gesetzesände-

rungen zum Thema Cannabis geht, ist der Saal immer voll.“ Einen anderen Grund, warum das Thema so emotional ist, sieht Gedo darin, dass es das einzige Medikament ist, das sich auch rauchen lässt. Viele Patienten nutzen in Israel aber auch Kapseln, Nasensprays, Salben, Zäpfchen oder Tabletten

Gedo hält Israel für den idealen Ort, um cannabisbasierte Medikamente zu entwickeln. „Wir haben hier alle Möglichkeiten, uns auszuprobieren und die besten Voraussetzungen, um Marktführer in diesem Bereich zu werden. Die Regierung unterstützt uns, das ist ein großer Vorteil. Das Klima trägt optimal zum Wachstum der Pflanzen bei, die Wege zu Forschern und Verbrauchern sind kurz, die Leute kreativ, wir haben keine Angst, eine nicht geglückte Studie noch einmal auszuführen.“ Auf 3,5 Hektar baue die Firma in ihren Gewächshäusern Cannabis an.

Als Negativbeispiel führt Gedo die Universität von Mississippi an: „Die dürfen in einem Jahr 650 Kilogramm zur Forschung verwenden. Das produzieren wir an einem Tag. Derzeit ist Kanada unser größter Konkurrent. Doch die betreiben kaum Forschung. In Afrika haben sie gute klimatische Bedingungen, aber nicht genug Labore und Krankenhäuser. Unser Vorteil ist, dass hier Pharmazeuten, Labore, Forscher, Produktionsstätten, Ärzte und Patienten auf kleinem Raum zusammenarbeiten. Weil wir diese Infrastruktur nutzen, haben wir große Chancen, Marktführer zu werden.“

Keine allgemeine Legalisierung geplant

Nutzer der medizinischen Produkte beschwerten sich seit vergangem Sommer darüber, dass es nicht mehr genug Medikamente für sie gäbe. „Wir sind eine Regierungsbehörde und deshalb brauchen manche Dinge natürlich länger“, erklärt Landschaft den Umgang mit dem neuen Medikament. „Wir sind dazu da, um zu regulieren, doch unser eigentliches Ziel ist, Hilfe für Bedürftige zu ermöglichen.“ Der Direktor betont: „Wir planen keine allgemeine Legalisierung der Pflanze. Uns geht es lediglich darum, das Cannabis für medizinische Zwecke zu verwenden. Und das braucht Zeit.“

Über die Herausforderungen ist sich Landschaft bewusst: „Wir wissen um mindestens 130 Komponenten in der Hanfpflanze, die unter der israelischen Sonne reifen. Die meisten Medikamente enthalten nur einen Wirkstoff. Jedes Cannabinoid hat hingegen spezifische Eigenschaften und die große Herausforderung besteht darin, die relevanten Komponenten für die Medikamente so abzusondern, dass sie standardisiert werden können und es möglichst wenig Nebenwirkungen gibt.“ Als empirisch nachgewiesen gilt eine Wirksamkeit der Therapie chronischer neuropathischer Schmerzen. Trotz vorhandener Berichte von Betroffenen gibt es noch keine ernstzunehmenden Studien über die Wirkung von Cannabis gegen Übelkeit und Erbrechen.

In Anspielung auf die deutsche Herkunft seiner Vorfahren sagt Landschaft: „Deutsche sagen: Ordnung muss sein. Und so versuchen wir als Regierung, der Bevölkerung für den Umgang mit Cannabis eine Ordnung zu geben. Missbrauch zu ahnden, ist Aufgabe der Polizei. Doch auch die ist daran interessiert, dass das Regierungsziel, die Cannabis-Forschung voranzubringen, erfüllt wird.“ Deshalb sind neben Rechtsberatern, Agrarwissenschaftlern und Biochemikern auch Polizisten Teil des Israelischen Ausschusses für Medizinisches Cannabis. |

Eine besondere Zeit in Jerusalem

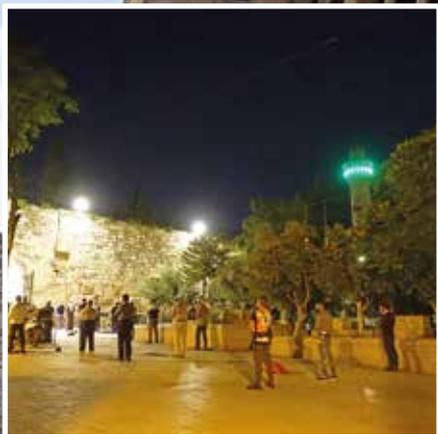
Jerusalemer versuchen, das Beste aus der Situation zu machen: Sie genießen die ungewöhnliche Stille oder nutzen die vorgeschriebenen Masken als modisches Accessoir. Eindrücke aus einer Stadt im Corona-Modus.

Glaube und Corona

„34 Prozent der Juden und 49 Prozent der Araber Israels sagten, dass ihr Glaube infolge des Coronavirus gewachsen sei.“ Die israelische Tageszeitung „Jerusalem Post“ berichtet von einer Studie, an der auch die Konrad-Adenauer-Stiftung beteiligt war.

Gebote und Seelenheil

Gottes Gebote haben für gläubige Juden eine hohe Bedeutung. Doch schwerer wiegt der Schutz menschlichen Lebens. Deshalb gab es in Israel auch kaum Proteste gegen die Schließung von Synagogen. „Pikuach Nefesch“, also „Wachen über die Seele“, heißt der dahinter stehende Grundsatz. Demnach hebt Lebensgefahr alle Gebote auf. Deshalb dürfen Juden etwa am Schabbat arbeiten, wenn es der Lebenserhaltung dient. Drei Ausnahmen hat die Regel: Götzendienst, Blutvergießen und verbotene sexuelle Beziehungen sind auch bei Lebensgefahr nicht erlaubt.



Der Zugang zum Tempelberg war Muslimen im Ramadan verwehrt. Sicherheitskräfte ließen aber davor auf abgesperrten Plätzen bis zu 50 Gläubige beten.



Trotz der Beschränkungen fanden sich allabendlich Gläubige zu den Festgebeten des muslimischen Fastenmonats ein. Vor dem Stammestor, das zum Tempelberg gehört, beteten hinter den Männern auch einige Frauen unter freiem Himmel.

Offen und selbstkritisch

„Ich denke, dass unsere Gemeinschaft eine Cheschbon Nefesch, eine Selbstprüfung, vornehmen sollte.“ Der israelische Innenminister und Mitbegründer der ultra-orthodoxen Schass-Partei, Arje Deri, wünscht sich von seiner Glaubensgemeinschaft, den Umgang mit der Coronakrise zu hinterfragen. Zwischenzeitlich waren 70 Prozent der Corona-Infizierten in Israel Haredim, also Ultra-Orthodoxe. Mitglieder der Gemeinschaft leben überwiegend in dicht bevölkerten Stadtvierteln und waren erst spät den Corona-Beschränkungen gefolgt. Dafür waren sie stark in die Kritik geraten.



Während für viele christliche Gläubige aus aller Welt das Ziel Jerusalem zu diesem Osterfest unerreichbar war, erfreuten sich andere an der geschenkten Stille. Eine Nonne betet am Ostersonntag ganz allein vor dem mächtigen Eingangstor zur Grabeskirche.



Ein Kopte ist einer von wenigen Mönchen, die zu Ostern allein in der Grabeskirche anwesend sind. Mehrere Male täglich werden sie von Gläubigen aus der Umgebung durch eine Luke im Eingangstor mit Lebensmitteln versorgt.

Zum jüdischen Pessachfest waren Gebete an der Klagemauer nur für zehn Juden aus der unmittelbaren Nachbarschaft möglich. Zum Lag BaOmer-Fest Mitte Mai waren Besucher wieder zugelassen. Eine gläubige Jüdin betet in einem abgegrenzten Bereich auf dem Klagemauervorplatz.

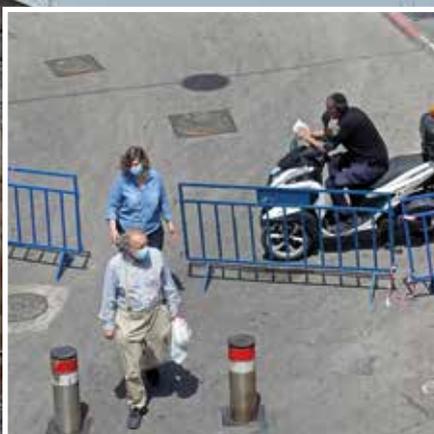


Stille und Sehnsucht

„Seit etwa einem Monat dürfen wir niemanden treffen, der nicht in unserem Haus lebt, seit drei Wochen uns nur noch 100 Meter von unserer Wohnung entfernen. Die Begegnung mit Menschen fehlt mir, ebenso die vielen lockeren und zwanglosen Zusammenkünfte, von denen mein bisheriges Leben stark geprägt war und die doch so typisch für Nachlaoth und seine Bewohner sind. Ich versuche, die geschenkte Stille, so gut es geht, zu nutzen. Und hoffe trotzdem, dass das normale Leben bald wieder losgeht. Wenn auch vielleicht etwas anders, als ich es bisher gewohnt war.“
Israelnetz-Mitarbeiterin mh zur Ausgangssperre an Pessach in Jerusalem



Die Maskenpflicht gilt in Israel bereits seit Mitte April. Inclusive der ebenfalls häufig getragenen Einweghandschuhe wirken die Masken bei manchen Zeitgenossen wie ein modisches Accessoire.



Ein Polizist kontrolliert den Eingang zum überwiegend geschlossenen Jüdischen Markt Machane Jehuda. In Israel kein ungewöhnlicher Anblick: Im Dienst liest er in seinem Gebetbuch.

Kritik und Vertrauen

„Herr Litzman, dessen anfänglich unbekümmerte Haltung dem Virus gegenüber scharf kritisiert wurde, symbolisiert für manche die Mängel der Regierungsmaßnahmen. Hingegen stellt für viele Israelis der Mossad genau das Gegenteil dar.“
Der Journalist Ronen Bergman über den ehemaligen Gesundheitsminister Jakob Litzman, der selbst an dem Virus erkrankte, und den legendären Geheimdienst. Der Mossad hatte zu Beginn der Corona-Pandemie für die Beschaffung von medizinischer Ausrüstung aus dem Ausland gesorgt.

Zusammengestellt von mh und Elisabeth Hausen

Warum sich die DDR-Volkskammer vor 30 Jahren bei Israel entschuldigte

Als die Präsidentin der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR am 12. April 1990 das Ergebnis der Abstimmung feststellte, erhob sich die große Mehrheit der Parlamentarier zum Applaus: 379 von 400 Abgeordneten hatten soeben „das Volk in Israel um Verzeihung für die Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik“ gebeten.

Hintergrund der Entschuldigung war der Feldzug, den die SED-Diktatur bis zu ihrem Sturz gegen Israel geführt hatte. Der Marylander Historiker Jeffrey Herf erläutert dieses weniger bekannte Kapitel deutscher Geschichte in seinem Buch „Unerklärte Kriege gegen Israel“.

Während die westdeutsche Linke erst mit dem Sechs-Tage-Krieg ihre Abneigung gegenüber Israel entdeckte, begann das sozialistische Deutschland schon bald nach 1949, seinen Hass auf den jüdischen Staat zu entfesseln. Scharfsinnig arbeitet Herf die ideologischen Verrenkungen heraus, auf denen diese Politik gründete. Zum Standardrepertoire sozialistischer Rhetorik gehörten etwa Vergleiche Israels mit Nazi-Deutschland.

Doch es blieb nicht bei bloßen Worten: Auf dem Parkett der Vereinten Nationen beteiligte sich die DDR an einer inten-



Wallstein,
518 Seiten,
39 Euro, ISBN:
978-3-8353-
3484-7

siven diplomatischen Offensive gegen Israel. In den UN-Gremien jagte ein anti-israelischer Beschluss den nächsten. 1975 half die SED-Diktatur mit, den „Ausschuss für die Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes“ einzusetzen – ein Gremium, das bis heute sein Unwesen treibt.

Zugleich lieferte die DDR im Verborgenen Hunderttausende Waffen an arabi-

sche Staaten und terroristische Palästinenserorganisationen. Diese hatten sich allesamt auf die Fahnen geschrieben, Israel zu vernichten. Schon fast pedantisch listet Herf die Waffensysteme auf, zum Teil über mehrere Seiten, was sein Buch stellenweise zur nicht ganz leichten Kost macht. Doch er zeigt damit, dass die anti-israelische Politik der DDR nicht nur dem Gehorsam gegenüber dem großen Bruder Sowjetunion geschuldet war. Vielmehr legten ausgerechnet die deutschen Sozialisten einen ganz eigenen antizionistischen Eifer an den Tag. Die SED-Diktatur war der einzige Vertreter des Ostblocks, der zu keinem Zeitpunkt diplomatische Beziehungen zu Israel pflegte.

Herfs Buch ist zwar eine historische Studie, doch sie hat auch einen großen Aktualitätsbezug. Denn die Kontinuitäten des sozialistischen Antisemitismus reichen bis in die Gegenwart. Oder wie es der Autor selbst formuliert: „Das Ost-Berliner Regime und die radikalen Linken im Westen haben ein toxisches ideologisches Gebräu hinterlassen.“ |

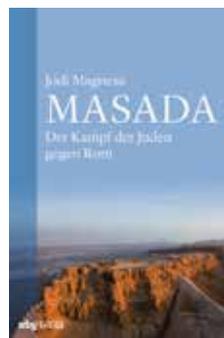
Sandro Serafin

Dem Mythos Masada auf der Spur

Vor knapp 2.000 Jahren verschanzten sich 967 jüdische Aufständische in der Felsenfestung Masada. Sie waren die Letzten, die sich noch nicht den Römern gebeugt hatten, als ihr Anführer, Eleasar Ben-Jair eine folgenschwere Entscheidung traf – die Selbsttötung aller Rebellen. Diesen Massenmord, der das Ende des Jüdischen Krieges besiegelt und den Mythos Masada begründet hat, untersucht die amerikanische Archäologin Jodi Magness in ihrem Buch „Masada – Der Kampf der Juden gegen Rom“.

Magness stellt dem Leser die spektakulären Funde aus Masada knapp, aber lebhaft vor. Dabei hat sie immer den aktuellen Forschungsstand im Blick. Angenehm für den Leser sind die ausführliche Bebilderung der Funde sowie skizzierte Grundrisse von Masada und anderen Bauwerken des Herodes.

An dieser Stelle könnte das Buch enden. Vorgeschichte und Kontext des Jüdischen Krieges sowie eine spannende Erzählung der römischen Belagerung, inklusive des Falls der letzten Hochburg der Aufständi-



wbg Theiss,
400 Seiten,
36 Euro, ISBN:
978-3-8062-
4077-1

schen, erklären dem Leser sehr fundiert die historischen Geschehnisse. Doch Masada sei mehr als nur eine antike Festung mit ihrer besonderen Geschichte, stellt

die Autorin fest. Masada beeinflusse bis heute die Geschichte des modernen jüdischen Staates.

Im Buch skizziert Magness nachvollziehbar, dass nicht wirklich nachgewiesen werden könne, „ob der Massenmord tatsächlich stattgefunden hat“. Vielmehr sei der Mythos durch Interpretationen, gepaart mit politischen und nationalistischen Interessen entstanden. Ein Beispiel: Die hochgefeierten Aufständischen gehörten zur Gruppe der Zeloten und wären als „jüdische Terroristen“ besser beschrieben, da sie ebenfalls jüdische Dorfbewohner bekämpften. Masada sei in den vergangenen Jahrzehnten ein Symbol für Juden geworden, die sich einem mächtigen Feind gegenüberstehen, zusammenhielten und den Kampf für ihre Heimat nicht aufgaben. |

Martin Schlorke

BIBELBLICK

Land – verwüstet und gesegnet

Ist das biblische Land der Verheißung ein Märchenland oder ein fester Flecken Erde auf diesem Globus? Haben die prophetischen Landzusagen für Israel eine rein symbolische Bedeutung oder beschreiben sie eine sichtbare Heilzusage? Der Prophet Hesekiel sieht das Land verheert und verwüstet und am Ende neu gesegnet.

Egmond Prill

Der biblische Glaube ist in dieser Welt verwurzelt und verwachsen. Juden und Christen glauben nicht an einen Mythos, an Geschichten aus dem Jenseits, an Träume oder das Nirvana. Der Glaube an den Gott der Bibel ist geerdet. Dieser Glaube hat Halt in Raum und Zeit. Darum sind Jahreszahlen nicht Schall und Rauch, sondern Meilensteine der Heilsgeschichte. Und deshalb sind Verheißungen für das Land als wirkliche Zusagen zu verstehen. In Hesekiel 36 sind zuerst Heilsworte für das Land zu finden, danach wird die Heimkehr des Volkes angesagt.

„Das verwüstete Land soll wieder gepflügt werden, nachdem es verheert war vor den Augen aller, die vorübergingen. Und man wird sagen: Dies Land war verheert und jetzt ist's wie der Garten Eden, und diese Städte waren zerstört, öde und niedergerissen und stehen nun fest gebaut und sind bewohnt. Und die Völker, die um euch her übrig geblieben sind, sollen erfahren, dass ich der HERR bin, der da baut, was niedergerissen ist, und pflanzt, was verheert war. Ich, der HERR, sage es und tue es auch.“ (Hesekiel 36,34–36)



Zeichen der Güte Gottes

Gott verspricht, dass er sich neu dem Land zuwenden wird. Das Land soll wieder gepflügt und besät werden. Die verwüsteten und verbrannten Berge sollen wieder grünen. Nicht für die Feinde, sondern für die Kinder Israel, denn bald sollen sie heimkehren. Die siebenzig Jahre in Babylon fanden ab 539 vor Christus ein Ende. Die Perser eroberten Babylon. Eine neue Großmacht beherrschte den Orient. Und ein neuer Regierungsstil prägte Land und Leute. Besiegte Völker wurden nicht mehr als Sklaven quer durch den Nahen Osten getrieben, um in der Fremde zu schuften und ihr Dasein zu fristen.

Die Perser gaben die Völker frei. Natürlich nicht völlig. Sie ermöglichten verschleppten Völkern die Rückkehr in die Heimat und erhoben Steuern. Schlicht gesagt, wer auf seinem heimischen Acker arbeitet, wird Interesse haben, dass alles gedeiht und blüht. Die Berge und Täler Israels wurden grün und brachten Frucht dem Volk, das nun neu im alten Land der Verheißung wohnte. In der ersten Linie hatte sich Gottes Zusage erfüllt. Es war die Wiederherstellung Judas und Jerusalems nach der babylonischen Gefangenschaft. Doch in der zweiten Linie gehen die Verheißungen Hesekiels über diese Zeit hinaus. Erfüllen sich die Zusagen Gottes in unseren Tagen?

Wunder in der Wüste Israels

War es anfangs die Tröpfchen-Bewässerung, so sind es heute Intensiv-Landwirtschaft und optimale Wassernutzung. Wunder werden Wirklichkeit vor unseren Augen. Im Wüsten-Kibbutz Jodvata stehen kräftige Milchkühe. Viele Kilometer weiter in Sde Boker entstanden neben einem Kibbutz eine Feldschule und eine Niederlassung für Solarforschung. Nahebei in einem liebevoll gestalteten Park ruhen Israels erster Premier David Ben-Gurion und seine Frau Paula.

1973 in Israel gestorben, prägte Ben-Gurion das Motto: Israels Zukunft liegt in der Wüste. Die Zukunft hat begonnen. Nördlich von Eilat am Roten Meer werden Tafeltrauben geerntet und Mini-Tomaten gepflückt. Unter weiten mit Folie bedeckten Flächen wächst Gemüse. Zwischen den Feldern schimmern künstliche Seen, die vielen Pflanzen und Tieren Heimat geben. Schwärme von Vögeln haben sich niedergelassen. Flamingos ziehen am seichten Ufer entlang. Es sieht alles so normal aus und gerade das ist das Wunder vor unseren Augen. Israel schlägt neue Wurzeln im Land der Verheißung.

„Und ich will euch wieder bewohnt sein lassen wie früher und will euch mehr Gutes tun als je zuvor, und ihr sollt erfahren, dass ich der HERR bin.“ (Hesekiel 36,11). |



SCHECHINGER
Tours
ERLEBNIS . GRUPPEN . REISEN

Israelreisen.

Seit über 40 Jahren.

Israelreise im September
mit Pastor Wolfgang und Sieglinde Wangler (Pfalzgrafenweiler) und Walter und Marianne Schechinger (Wildberg - Sulz am Eck)
vom 14.09.2020 – 24.09.2020

Israelreise über den Jahreswechsel
mit Pastor Wolfgang und Sieglinde Wangler (Pfalzgrafenweiler) und Walter und Marianne Schechinger (Wildberg - Sulz am Eck)
vom 27.12.2020 – 06.01.2021

Israel-Schnäppchen-Reise
mit Eva-Maria Mönnig und Jens Schechinger
vom 14.02.2021 – 21.02.2021

Israelreise – Wenn die Wüste blüht
mit Pastor Wolfgang und Sieglinde Wangler (Pfalzgrafenweiler) und Walter und Marianne Schechinger (Wildberg - Sulz am Eck)
vom 01.03.2021 – 11.03.2021

Israel-Frühlingsreise
mit Lutz Scheufler (Waldenburg) und Walter und Marianne Schechinger (Wildberg - Sulz am Eck)
vom 15.03.2021 – 25.03.2021

Israel-Osterreise
mit Johannes und Gisela Vogel (Bibel-Center Breckerfeld) sowie Walter und Marianne Schechinger (Wildberg - Sulz am Eck)
vom 29.03.2021 – 09.04.2021

Israel-Erlebnisreise
mit Dekan Albrecht (Nagold) und Walter und Marianne Schechinger (Wildberg - Sulz am Eck)
vom 06.05.2021 – 16.05.2021

Israel-Festreise-Pfingsten
mit Pastor Wolfgang und Sieglinde Wangler und Walter und Marianne Schechinger
vom 23.05.2021 – 04.06.2021

In Kürze wieder nach Israel reisen – kommen Sie mit!

Schechinger-Tours . Walter Schechinger
Im Kloster 33 . 72218 Wildberg-Sulz am Eck
Tel 07054 5287 . **Mail** info@schechingertours.de

Jetzt direkt online buchen oder Prospekte anfordern.
www.schechingertours.de



„Ich bin zwar kein Nachrichtenfreak, aber ich will immer alles wissen, was mit Israel zu tun hat. Davon kriege ich nie genug. Als Starkoch und kulinarischer Botschafter informiere ich mich daher gerne und regelmäßig bei Israelnetz. Da erfahre ich mehr – breiter und tiefer – als in den üblichen Medien über Israel. Weiter so!“

Foto: Yaela Levy



Starkoch Tom Franz
Israel

„In Zeiten, in denen das tägliche Quantum ‚Fake News‘ fast schon zur Regel geworden ist, freue ich mich immer über eine verlässliche Informationsquelle, die verantwortungsvoll und nach den Regeln des journalistischen Anstands berichtet. Das ist, besonders bei Meldungen zu Israel und der gesamten Region des Nahen Ostens, leider nur noch selten der Fall, wird aber dringend gebraucht. Deshalb an dieser Stelle von mir die herzliche Ermutigung an das Israelnetz, in diesem Sinne weiterhin erfolgreich zu arbeiten.“

Volkmar Klein (CDU)
Mitglied des
Deutschen Bundestages



Foto: Volkmar Klein

Täglich aktuelle Meldungen und Hintergründe.
israelnetz.com